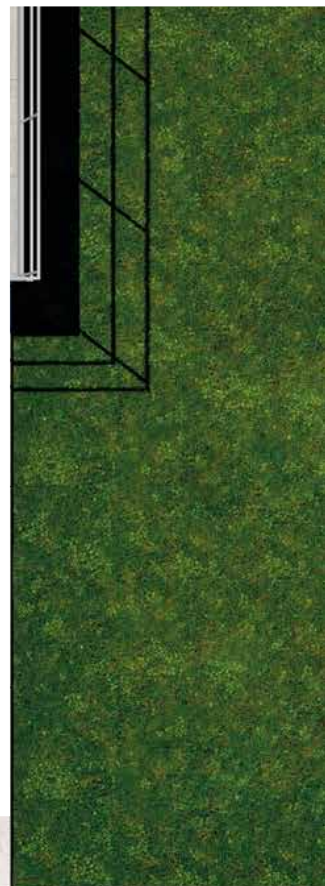


Die Sicherheitslage aus Sicht der Bevölkerung. Ein Stimmungsbarometer.

Repräsentative Umfrage



Die Sicherheitslage aus Sicht der Bevölkerung. Ein Stimmungsbarometer.

Herausgegeben von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Von Dr. Wolfgang Zink, Patrick Heinzemann, Sarah Rerbal und Nils Schulte

Juli 2022, 24 Seiten, 13 Abbildungen, Softcover

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien sind ohne Zustimmung des Herausgebers nicht gestattet.

Die Inhalte dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Sie entsprechen dem Kenntnisstand der Autor:innen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die in der Publikation angegebenen Quellen zurück oder wenden sich an die genannten Ansprechpersonen. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autor:innen wieder. In den Grafiken kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.

Vorwort

Sehr geehrte Leser:innen,

die Stimmung der Bevölkerung in Deutschland gegenüber dem Verteidigungsbündnis NATO und der Bundeswehr hat sich gewandelt. Unter anderem dies zeigen Ihnen die Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage, die im Mai/ Juni 2022, koordiniert von PwC, durchgeführt wurde. Die vorliegende Publikation ist in drei Teile gegliedert:

- Zuerst heben wir einige Umfragergebnisse hervor, die aus unserer Sicht besonders bemerkenswert sind, und vergleichen sie mit ausgewählten Erhebungsergebnissen vergangener Jahre.
- Darauf folgen zwölf Abbildungen mit sehr detaillierten Umfragergebnissen, zu denen wir Ihnen ausgewählte demografische Details zur Verfügung stellen.
- Zum Schluss skizzieren wir in aller Kürze für Sie, welche Ableitungen militärische und politische Entscheider:innen aus dieser PwC-Umfrage gewinnen können. Gerade auch die politischen Entscheider:innen stehen in der aktuellen „Zeitenwende“ im

Fokus, da die Bevölkerung mit der politischen Führung in der aktuellen Krisenphase mehrheitlich unzufrieden ist.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und anregende Lektüre. Uns allen wünsche ich, dass die Politik, das Verteidigungswesen und alle anderen mit äußerer Sicherheit befassten Organisationen die richtigen Entscheidungen für eine sichere, lebenswerte Zukunft in Deutschland und Europa treffen.



Dr. Wolfgang Zink
Partner Public Sector Consulting,
PwC Deutschland

Russlands Angriffskrieg in der Ukraine ist eine politische Zäsur. Wie verändert sie das Denken der Bevölkerung in Deutschland? Diese aktuelle PwC-Deutschland-Umfrage zeigt einen klaren Gefühls- und Bedürfniswandel – verbunden mit ebenso klaren Signalen an die deutsche Politik.



Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
A Die Stimmungslage seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine	6
B Neue (Un-)Sicherheitslage: die NATO, die Bundeswehr und der Wehretat sind vielen Menschen wichtiger geworden	8
1 Große Mehrheit sieht die EU von Russland bedroht	8
2 Die Bedrohung geht vielen Menschen nah	9
3 Fast zwei Drittel sehen die NATO positiv	9
4 54 % der Befragten bewerten die Bundeswehr positiv	10
5 Mehrheit will Bundeswehr an der NATO-Ostflanke	10
6 Fast zwei Drittel wollen höhere staatliche Wehrausgaben	11
7 Bewaffnete Drohnen finden jetzt mehrheitlich Akzeptanz	12
8 Relativ knappe Mehrheit will Lieferung schwerer Waffen	12
C Öffentliche Armeepräsenz und selbst anpacken: Bevölkerung akzeptiert viel, bleibt aber selbst eher zurückhaltend	13
1 Mehr Bundeswehrpräsenz im Alltag will nur eine Minderheit	13
2 Wehrpflicht nicht mehr wie früher	14
3 Verpflichtender Sozialdienst mit geteiltem Echo	14
4 Freiwilliges Qualifizierungsangebot für junge Menschen	15
D Deutsche Politik im Krisencheck: ein Großteil der Bevölkerung hadert	16
1 Überwiegend unzufrieden mit politischer Krisenführung	16
E Die „Zeitenwende“ ganzheitlich betrachten	17
Literaturverzeichnis	19
Ihre Ansprechpersonen/Autor:innen	20



Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Bedrohung durch Russland	8
Abb. 2	Bedrohungsempfinden auf die eigene Person bezogen	9
Abb. 3	Einstellung zur NATO.....	9
Abb. 4	Einstellung zur Bundeswehr.....	10
Abb. 5	Bundeswehrstationierung an der Ostflanke der NATO.....	10
Abb. 6	Anpassung der Verteidigungsausgaben.....	11
Abb. 7	Bewaffnete Drohnen als Bundeswehrausstattung	12
Abb. 8	Lieferung schwerer Waffen	12
Abb. 9	Öffentliche Sichtbarkeit der Bundeswehr	13
Abb. 10	Wiedereinführung der Wehrpflicht	14
Abb. 11	Einführung eines verpflichtenden Dienstes.....	14
Abb. 12	Freiwilliges Qualifizierungsangebot.....	15
Abb. 13	Politische Führung in Deutschland	16



A Die Stimmungslage seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die nationale Sicherheit und deren Verteidigung fast über Nacht wieder in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit katapultiert. Das gilt für Deutschland und die meisten anderen europäischen Länder. Schweden und Finnland haben wegen der russischen Aggression Beitritts-gesuche beim Nordatlantischen Verteidigungsbündnis NATO gestellt, dem bislang 30 europäische und nordamerikanische Staaten angehören. Die Bevölkerungen Schwedens und Finnlands unterstützen ihre Regierungen bezüglich des NATO-Beitritts mit neuen Mehrheiten.

Und wie stark befürworten die Menschen in Deutschland inzwischen, dass der Staat die persönliche, nationale und europäische Sicherheit – auch mit neuen Mitteln – stärkt?

Eine repräsentative Bevölkerungs-umfrage der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC Deutschland spiegelt das aktuelle Stimmungsbild detailliert wider. Es zeigt, dass die Bürger:innen bezüglich der Gefahren von außen besorgt, aber auch ambivalent in die Zukunft blicken. So schätzen sie die NATO und die Bundeswehr noch mehr als vor Kriegsbeginn. Doch wenn es darum geht, konkret zu handeln, bleiben viele Menschen eher diskret. Interessant sind auch Vergleiche mit früheren Umfragen.

Auch die Menschen in Deutschland sorgen sich um ihre Sicherheit

78 % der für die PwC-Studie befragten Personen sehen Deutschland und die Europäische Union (EU) von Russland bedroht. 66 % fühlen sich auch ganz persönlich bedroht. Diese Werte liegen – kaum überraschend – höher als in früheren, vor dem Ukrainekrieg durchgeführten Umfragen.

So meinten bei einer Erhebung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) im Sommer 2020 gerade einmal 30 % der Befragten, dass die russische Außen- und Sicherheits-politik eine Bedrohung für Deutschland darstelle. In einer anderen ZMSBw-Umfrage – vor zehn Jahren, im Sommer 2012 – fühlten sich 88 % der Menschen in Deutschland sicher.

Die Bevölkerungsmehrheit schätzt die NATO und die Bundeswehr

Die hier vorliegende, aktuelle PwC-Erhebung offenbart auch eine mehrheitlich positive Einstellung der hiesigen Bevölkerung gegenüber der NATO (65 %). Die Bundeswehr kommt auf 54 % Zustimmung. Bemerkenswert an den in dieser Publikation detailliert aufgeführten, aktuellen Umfragewerten von PwC ist vor allem, wie stark die russische Aggression einen positiven Meinungsschub bewirkt hat: So gaben 18 % der Befragten an, dass sich ihre

Einstellung zur Bundeswehr seit Kriegsbeginn in der Ukraine verbessert hat. Bezüglich der NATO sagen das 22 %. Solche Ergebnisse sind gewiss nicht im Sinne des russischen Präsidenten. Auch andere Umfragen, insbesondere seit der russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim, belegen, dass die öffentliche Zustimmung zur NATO und zur Bundeswehr steigt.

Meinungsschub oder dauerhafte Veränderung der Einstellung?

Verändert sich mit dem in dieser PwC-Umfrage festgestellten Zustimmungsschub die Grundeinstellung der Bürger:innen auch dauerhaft? Etliche Indikatoren deuten in diese Richtung: So stimmen heute 65 % der Bevölkerung in Deutschland für höhere Verteidigungsausgaben. 2013 befürworteten dies – in der entsprechenden ZMSBw-Umfrage – nur 19 %. Im Jahr 2014 begann der Umschwung vor dem Hintergrund der russischen Krim-Annexion und des Kriegs in der Ostukraine.

Die vom Deutschen Bundestag Anfang Juni 2022 beschlossene Erhöhung der Verteidigungsausgaben stützt sich folglich auf eine breite, gestiegene Zustimmung. Dennoch unterliegt die öffentliche Meinung zu Verteidigungsausgaben im Zeitverlauf einer signifikanten Volatilität, die vor allem von sicherheitspolitischen Entwicklungen abhängt. Gerade diese Volatilität entspricht dem Konzept der rationalen Öffentlichkeit.

Das ZMSBw sieht die Tendenz bestätigt, das Konzept der „rationalen Öffentlichkeit“ ist: Mit steigendem Bedrohungsempfinden wachse ihre Zustimmung zu Sicherheits-

und Verteidigungsanstrengungen. Zunehmende Positivität gilt dann ebenfalls bezüglich der persönlichen Grundeinstellung zum Militär – wenn auch mit niedrigeren Zustimmungswerten.

Bewaffnete Drohnen sind mittlerweile deutlich mehrheitsfähig

Ein weiterer in diesem Stimmungsbarometer enthaltener, sehr interessanter Indikator ist die breite öffentliche Zustimmung zum Einsatz bewaffneter Drohnen – ein seit vielen Jahren sehr kontroverses Thema. Ihn befürwortet heute eine deutliche Mehrheit von 71 % der Befragten. In ZMSBw-Umfragen des Jahres 2020 waren es lediglich um die 40 %. Die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine und andere bedrohte Nationen befürworten heute der aktuellen PwC-Erhebung zufolge 58 %. Im Jahr 2020 stieß die Lieferung von Waffen an „befreundete Nationen“ nach Umfragerwerten des ZMSBw nur bei 30 % der Bevölkerung auf Zustimmung. 2021 waren es 33 %. Eine Stationierung der Bundeswehr in größerem Umfang an der Ostflanke der NATO, im Baltikum, begrüßen heute in der vorliegenden PwC-Umfrage 56 % der Menschen in Deutschland. In einer ZMSBw-Befragung von 2021 waren es lediglich 36 %.

Leiten die Menschen nun persönliche Verpflichtungen ab?

64 % der für dieses Stimmungsbarometer Befragten sagen, dass sie zu persönlichen Einsparungen bereit wären, um gegenüber Russland eine harte Position einzunehmen. Sie würden dafür beispielsweise weniger Heizenergie und Benzin verbrauchen, auf bestimmte Lebensmittel verzichten oder höhere Preise akzeptieren.

Insgesamt bleibt die Haltung der Öffentlichkeit ambivalent

Trotz des oben geschilderten positiven Meinungsschubs hinsichtlich größerer Sicherheits- und Verteidigungsanstrengungen sehen die Menschen persönliche Beiträge offenbar eher darin, negative wirtschaftliche Konsequenzen zu erdulden. Interessant bei weiteren Analysen wäre, ob dies mit einem Phänomen zusammenhängt, das als Intention-Verhaltens-Lücke bezeichnet wird. Ein Beispiel dafür – aus einem anderen Lebensbereich – ist die Diskrepanz zwischen dem Umweltbewusstsein und dem umweltspezifischen Handeln der Menschen. Vergleichbares findet sich unter anderem auch im Gesundheitsumfeld und wird in den Sozialwissenschaften und der Psychologie intensiv diskutiert.

Mündet ein verändertes Bewusstsein alsbald in Verhaltensänderungen oder handelt es sich eher um kognitive Dissonanz? Noch ist es zu früh, um von der hier erhobenen höheren Zustimmung der Menschen in Deutschland für größere Verteidigungs- und Sicherheitsanstrengungen darauf zu schließen, dass sich die Einstellung der Bevölkerung zur NATO und zur Bundeswehr dauerhaft verändert. PwC wird die Entwicklung weiterhin intensiv beobachten.

Umfragemethodik

In der Forschung ist die These geläufig, dass Bevölkerungen eine recht stabile außenpolitische Grundeinstellung haben. Die Menschen ändern ihre Meinung allerdings anlassbezogen. Dieses Konzept der „rationaler Öffentlichkeit“ wurde bereits in Langzeitauswertungen in den 80er Jahren vorgestellt. Es ist noch abzuwarten, ob das gegenwärtige Stimmungsbild von Dauer sein wird.

Gibt es Hinweise, dass der in dieser PwC-Umfrage festgestellte Zustimmungsschub Ausdruck einer veränderten Grundeinstellung ist?



B Neue (Un-)Sicherheitslage: die NATO, die Bundeswehr und der Wehretat sind vielen Menschen wichtiger geworden

1 Große Mehrheit sieht die EU von Russland bedroht

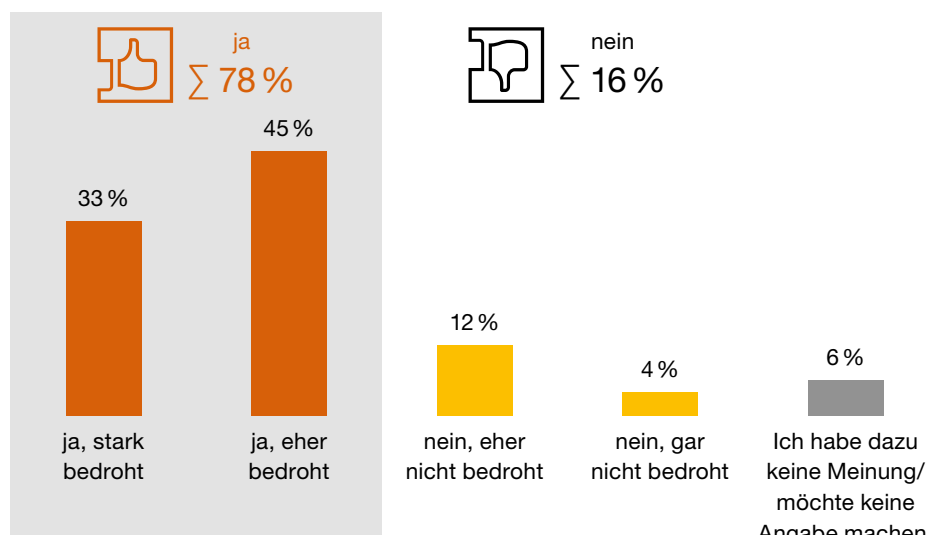
Das Gros (insgesamt 78 %) der für diese Studie befragten Personen geht davon aus, dass Deutschland und die anderen EU-Mitgliedstaaten von Russland „stark bedroht“ (33 %) bzw. „eher bedroht“ (45 %) sind – durch mögliche gewaltsame Handlungen, Cyberangriffe und andere Destabilisierungsversuche. 16 % der Befragten sehen keine (4 %) oder eher keine (12 %) Bedrohung.

Ältere sorgen sich im Durchschnitt mehr.

Hierzu zeigt die Befragung auch: Je älter die Menschen sind, desto mehr von ihnen sehen sich „stark bedroht“. So empfinden dies 41 % der Ab-60-Jährigen, aber nur 19 % der 18- bis 29-Jährigen.

Abb. 1 Bedrohung durch Russland

Sehen Sie die EU-Mitgliedstaaten (inkl. Baltikum) und Deutschland von Russland durch gewaltsame Handlungen, Cyberangriffe und Destabilisierungsversuche bedroht?

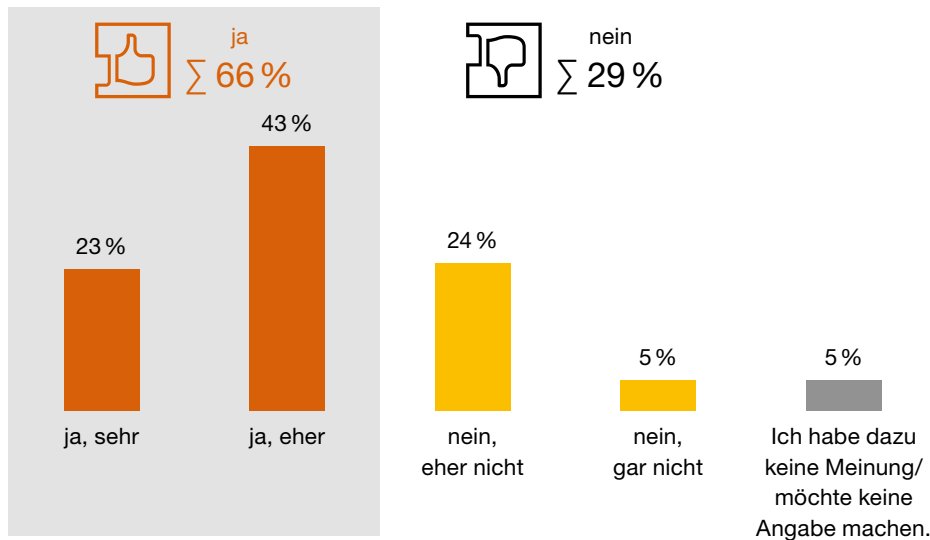


Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

2 Die Bedrohung geht vielen Menschen nah

Abb. 2 Bedrohungsempfinden auf die eigene Person bezogen

Sehen Sie für sich persönlich eine Bedrohung durch Russland durch gewaltsame Handlungen, Cyberangriffe und Destabilisierungsversuche etwa im Bereich der kritischen Infrastrukturen (Strom- und Wasserversorgung, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser etc.)?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Sehen Sie sich persönlich von Russland bedroht? 23 % der Befragten antworteten darauf „ja, sehr“, 43 % „ja, eher“, 24 % „nein, eher nicht“ und lediglich 5 % „nein, gar nicht“.

Deutliche Altersgruppenunterschiede gibt es auch hier.

Unter den jüngsten Befragten, den 18- bis 29-Jährigen, empfinden 56 % Russland als Gefahr für die eigene Person. Bei den 40- bis 49-Jährigen sind es dagegen 69 %. Das sind sogar mehr als bei den 50- bis 59-Jährigen (63 %).

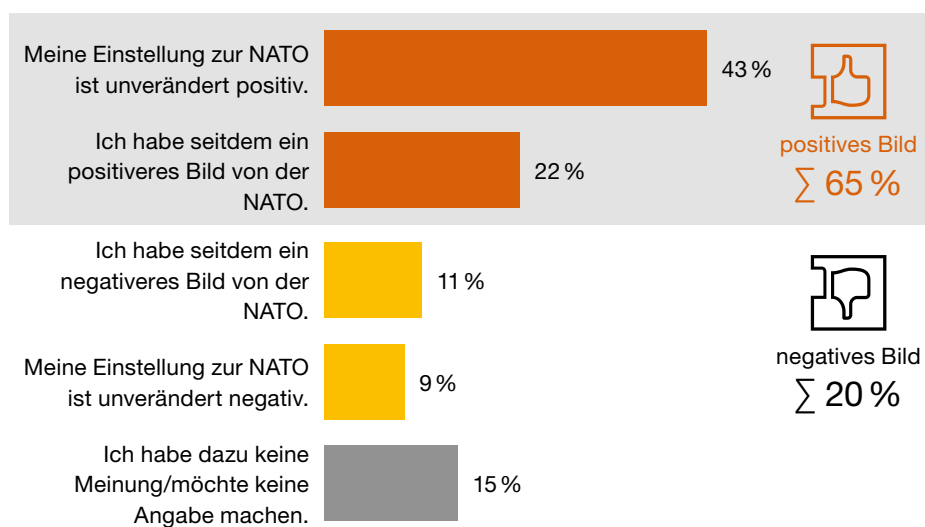
3 Fast zwei Drittel sehen die NATO positiv

Insgesamt 65 % der befragten Bürger:innen sind gegenüber der NATO – im Vergleich zur Zeit vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine – „unverändert positiv“ (43 %) und „positiver“ (22 %) eingestellt. Auf der

anderen Seite haben 11 % nun „ein negativeres Bild“ von dem Militärbündnis – und 9 % gaben an, dass ihre Einstellung zur NATO „unverändert negativ“ ist.

Abb. 3 Einstellung zur NATO

Hat sich durch den Ukrainekrieg Ihre Einstellung zur NATO verändert?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Die NATO sehen mehr Männer als Frauen positiv.

Die Antworten auf diese Frage offenbaren klare geschlechter-spezifische Unterschiede. So gaben 47 % der befragten Männer an, eine unverändert positive Einstellung zu dem Militärbündnis zu haben. Ein „positiveres Bild“ haben 26 % der Männer. Unter den Frauen gaben diese Antworten lediglich 39 % und 19 % von ihnen. Keine Angabe machten 21 % der Frauen und nur 8 % der Männer.

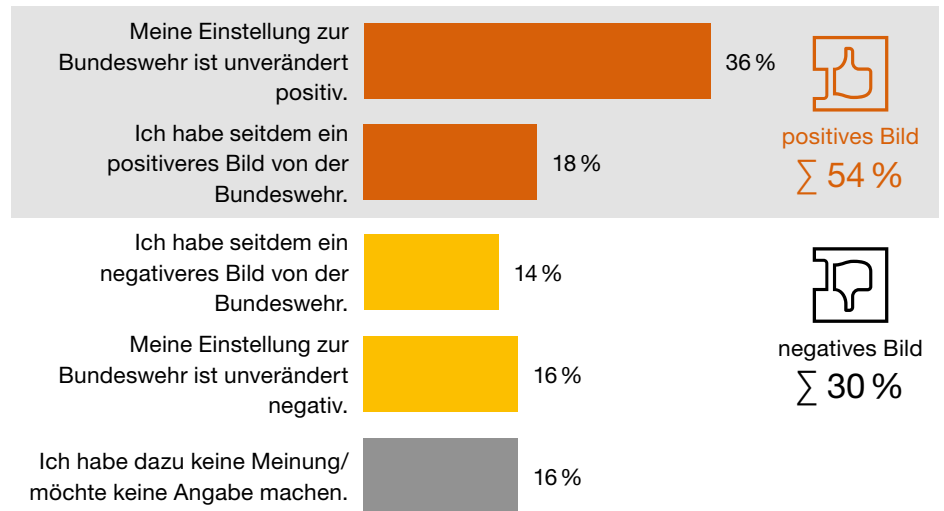
4 54 % der Befragten bewerten die Bundeswehr positiv

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten sind nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine der Bundeswehr gegenüber „unverändert positiv“ (36 %) und „positiver“ (18 %) eingestellt.

Insgesamt 30 % konstatieren für sich ein negatives Bild von der Bundeswehr. Darin enthalten sind 14 % der Befragten, die die deutsche Armee sogar „negativer“ sehen.

Abb. 4 Einstellung zur Bundeswehr

Hat sich durch den Ukrainekrieg Ihre Einstellung zur Bundeswehr verändert?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

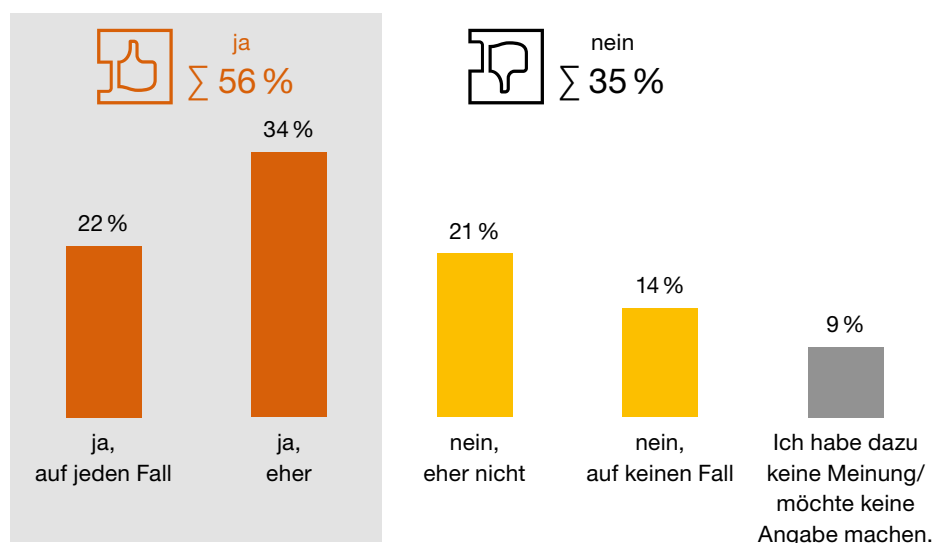
5 Mehrheit will Bundeswehr an der NATO-Ostflanke

Mehr als die Hälfte der Befragten möchte, dass die Bundeswehr auch an der Ostflanke der NATO, insbesondere im Baltikum, Stationen bezieht. „Ja, auf jeden Fall“,

sagten 22 % der Befragten. „Ja, eher“ meinten 34 %. Insgesamt 35 % äußerten sich dagegen ablehnend.

Abb. 5 Bundeswehrstationierung an der Ostflanke der NATO

Sollte die Bundeswehr in größerem Umfang an der Ostflanke des NATO-Gebiets (insbesondere im Baltikum) stationiert werden?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Am größten ist das Nord-Ost-Gefälle.

Die auffälligsten Antwortunterschiede auf die „Ostflanken-Frage“ offenbart die demografische Statistik zwischen den Befragungsregionen. Die größte Differenz zeigt sich zwischen den Regionen Nord (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen) und Ost (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen). So befürworten 64 % der Menschen im Norden Deutschlands die Frage, aber nur 52 % der Menschen im Osten.

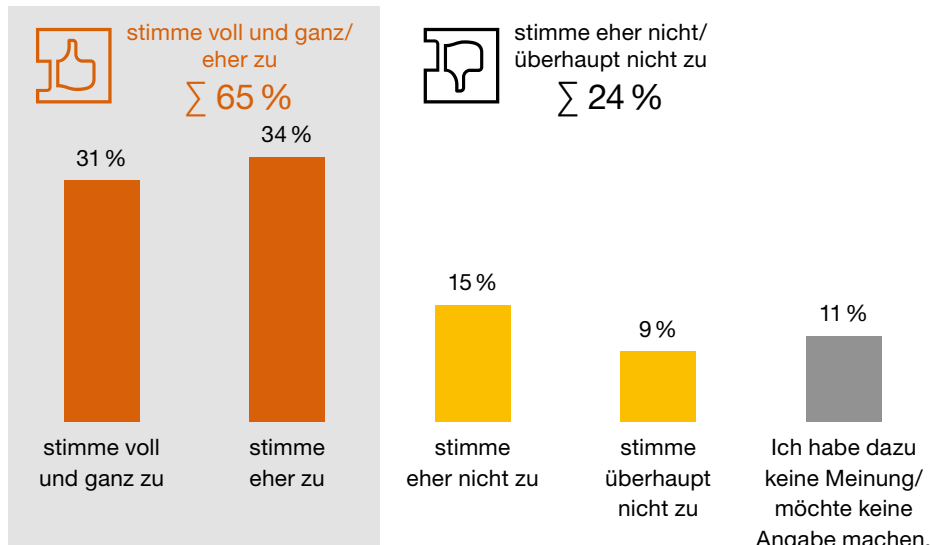
6 Fast zwei Drittel wollen höhere staatliche Wehrausgaben

Die Initiative von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), die deutschen Verteidigungsausgaben dauerhaft auf das NATO-Ziel von 2 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) anheben zu wollen, befürworten insgesamt 65 %

der Bürger:innen in Deutschland „voll und ganz“ (31 %) bzw. „eher“ (34 %). Ganz anders sehen das insgesamt 24 % der Befragten. Sie stimmen dem Zwei-Prozent-Ziel „eher nicht“ bzw. „überhaupt nicht“ zu.

Abb. 6 Anpassung der Verteidigungsausgaben

In seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz an, das NATO-Ziel von nationalen Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 % des BIP erreichen zu wollen. Inwieweit stimmen Sie zu, dass Deutschland 2 % seines BIP für Verteidigungsausgaben aufwendet?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Auch hier offenbarte die Umfrage auffällige Altersgruppenunterschiede.

Je älter die Befragten sind, desto mehr von ihnen empfinden das Zwei-Prozent-Ziel als wichtig. Eklatant ist der Unterschied bei der Antwortvariante „stimme voll und ganz zu“: Dies sagten 38 %, also weit überdurchschnittlich viele der Ab-60-Jährigen. Bei den 18- bis 29-jährigen Befragten waren es lediglich 22 %.

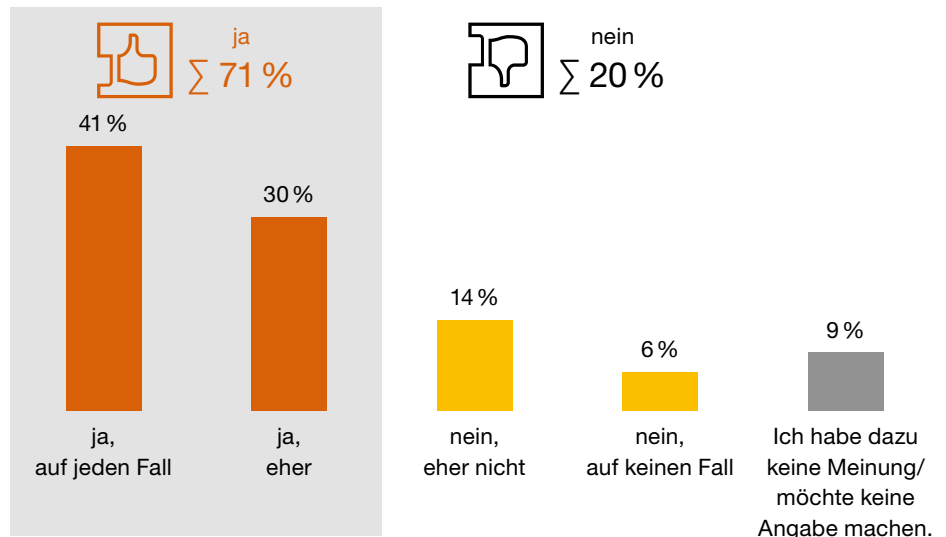
7 Bewaffnete Drohnen finden jetzt mehrheitlich Akzeptanz

Wenn es darum geht, ob sich die Bundeswehr bewaffnete Drohnen beschaffen soll, ist die Zustimmung ebenfalls hoch. 41 % der Befragten

antworteten mit „ja, auf jeden Fall“ und 30 % „eher ja“. Nur eine Minderheit ist hier eher ablehnend eingestellt.

Abb. 7 Bewaffnete Drohnen als Bundeswehrausstattung

Sollte die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen ausgestattet werden?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

8 Relativ knappe Mehrheit will Lieferung schwerer Waffen

Fast 6 von 10 Befragten sind dafür, dass Deutschland schwere Waffen an die Ukraine und andere von äußerer Aggression bedrohte Länder liefert. „Auf jeden Fall“ sagen sogar 27 %.

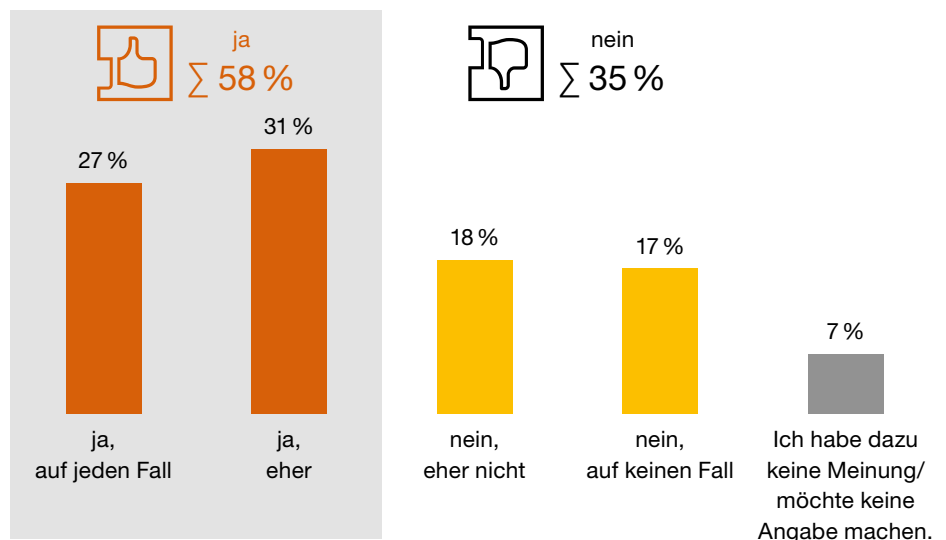
Insgesamt 35 % hegen Vorbehalte, 17 % der Umfrageteilnehmer:innen gaben gar an, Deutschland solle solche Waffen „auf keinen Fall“ liefern.

Frauen und Ostdeutsche sind besonders zurückhaltend.

Auch bezüglich der Lieferung schwerer Waffen zeigten sich wesentlich mehr befragte Männer (68 %) als Frauen (48 %) zustimmend. Auffällig sind auch regionale Unterschiede. So antworteten nur unterdurchschnittliche 32 % der Befragten in der Region Süd (Bayern, Baden-Württemberg) „nein, eher nicht“ sowie „nein, auf keinen Fall“. In der Region Ost (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) waren es 44 %. Die Süd-Ost-Differenz von somit 12 % ist die höchste Differenz zwischen zwei Befragungsregionen.

Abb. 8 Lieferung schwerer Waffen

Sollte Deutschland der Ukraine und weiteren von äußerer Aggression bedrohten Ländern schwere Waffen zur Selbstverteidigung liefern?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)



C Öffentliche Armeepräsenz und selbst anpacken: Bevölkerung akzeptiert viel, bleibt aber selbst eher zurückhaltend

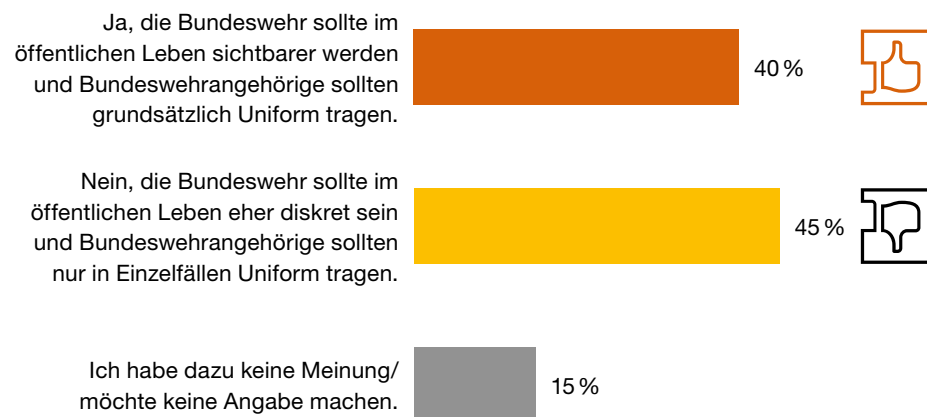
1 Mehr Bundeswehrpräsenz im Alltag will nur eine Minderheit

Die Frage, ob die Bundeswehr im öffentlichen Alltagsleben innerhalb Deutschlands präsenter sein sollte, indem Soldat:innen öffentlich ihre Uniform tragen, beantworten lediglich

40 % der Befragten mit „Ja“. Für „Nein“ plädierten 45 %. Die Bundeswehr sollte diskret sein und ihre Angehörigen sollten ihre Uniform nur in Einzelfällen tragen.

Abb. 9 Öffentliche Sichtbarkeit der Bundeswehr

Sollte die Bundeswehr auch im öffentlichen Leben in Deutschland sichtbarer werden, indem Bundeswehrangehörige auf dem Weg zur Arbeit in der Bahn und an öffentlichen Orten ihre Uniform tragen?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Menschen in Metropolen sind eher offen für mehr Uniformen.

Die statistische Auswertung zeigt auch, dass deutlich mehr Großstädter:innen (47 %) eine höhere Sichtbarkeit der Bundeswehr befürworten als Menschen, die in Kleinstädten wohnen (31 %). Ähnlich auffällig ist der Zustimmungswahlunterschied zwischen Männern (46 %) und Frauen (33 %) sowie zwischen Teilnehmer:innen in der Befragungsregion Nord (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen: 33 %) und Ost (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen: 46 %).

2 Wehrpflicht nicht mehr wie früher

Insgesamt 54 % der für diese Studie befragten Bürger:innen befürworten eine Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland. 35 % favorisieren eine

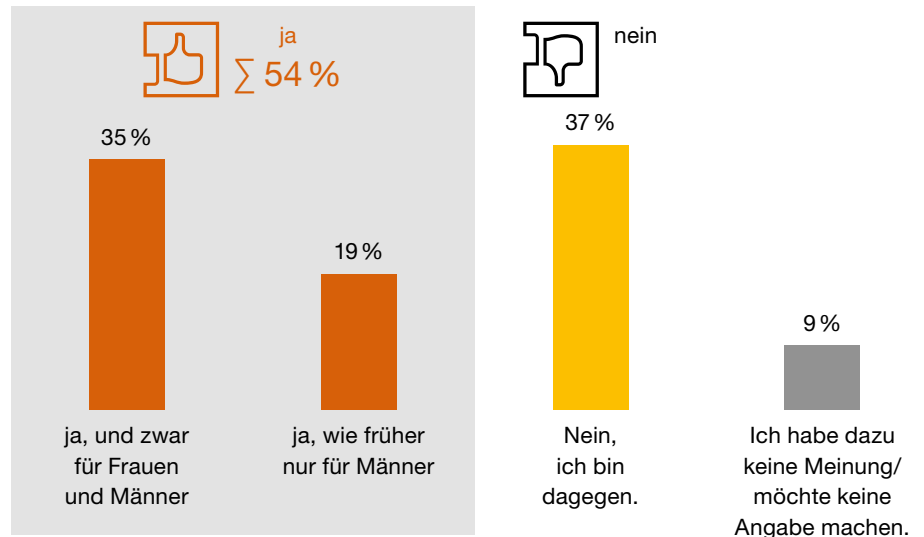
Wehrpflicht für „Frauen und Männer“. Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht sprachen sich 37 % der Umfrageteilnehmer:innen aus.

Viele befürworten den Dienst an der Waffe auch für Frauen.

Und wieder sind die auffälligsten demografischen Unterschiede die geschlechterspezifischen: Wehrpflicht „ja, und zwar für Männer und Frauen“ haben 41 % der befragten Männer und 29 % der befragten Frauen gesagt. Wehrpflicht nur für Männer befürworten dagegen gerade mal 18 % bzw. 21 % der Umfrageteilnehmer bzw. -teilnehmerinnen. Und die Zustimmung für eine geschlechterunabhängige Wehrpflicht liegt tendenziell umso höher, je älter die Befragten sind.

Abb. 10 Wiedereinführung der Wehrpflicht

Sind Sie dafür, dass der Staat wieder einen verpflichtenden zwölfmonatigen Wehrdienst einführt?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Die Mehrheit der Älteren will die Jungen helfen sehen.

Einen freiwilligen Dienst wie früher der Zivildienst? 71 % der Ab-60-Jährigen sind dafür, aber nur 42 % jener Menschen, die ihn leisten müssten: der 18- bis 29-Jährigen. Die anderen Altersgruppen liegen prozentual dazwischen. Interessant sind auch zwei regionale Zustimmungswerte: Im Westen (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz) ist die Zustimmung mit 58 % unterdurchschnittlich und im Osten (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) mit 64 % überdurchschnittlich hoch.

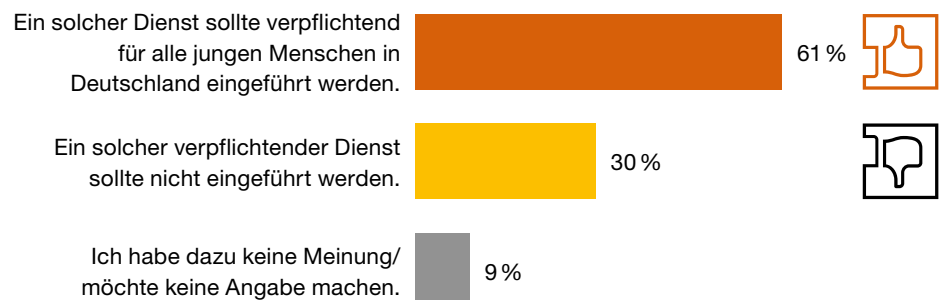
3 Verpflichtender Sozialdienst mit geteiltem Echo

Einen verpflichtenden Dienst für junge Menschen – etwa bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen oder medizinischen

Einrichtungen – befürworten 61 % der Befragten. 30 % möchten einen solchen Dienst nicht.

Abb. 11 Einführung eines verpflichtenden Dienstes

Wie stehen Sie zu einem verpflichtenden Dienst junger Menschen für die Unterstützung zum Beispiel von Feuerwehren, Hilfsorganisationen oder medizinischen Einrichtungen zur Stärkung der zivilen Resilienz bzw. der Widerstandsfähigkeit gegenüber Bedrohungen?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

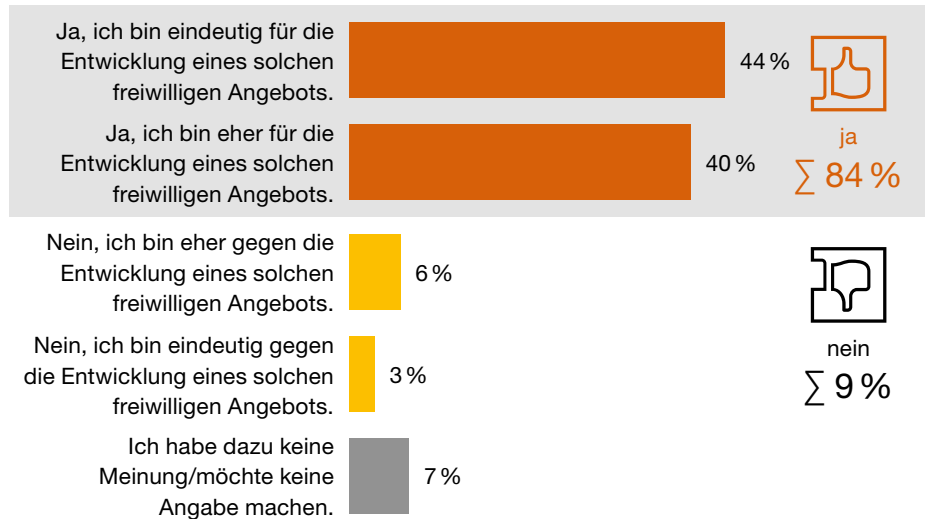
4 Freiwilliges Qualifizierungsangebot für junge Menschen

Im Unterschied zu den Pflichtformaten Wehrdienst bzw. sozialer Dienst sind die Zustimmungswerte zu einem freiwilligen Format deutlich höher. 84 % der befragten Menschen sprechen sich dafür aus. Mehr

noch: Nur 9 % sind dagegen. Das unterstreicht die Notwendigkeit, über neue Wege nachzudenken. Gefragt war nach freiwilligen Qualifizierungsangeboten zur Stärkung der zivilen Resilienz.

Abb. 12 Freiwilliges Qualifizierungsangebot

Wie stehen Sie zur Entwicklung eines mehrmonatigen freiwilligen Qualifizierungsangebots für junge Menschen zur Unterstützung z. B. von Feuerwehren, Hilfsorganisationen oder medizinischen Einrichtungen zur Stärkung der zivilen Resilienz bzw. der Widerstandsfähigkeit gegenüber zivilen Bedrohungen?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)





D Deutsche Politik im Krisencheck: ein Großteil der Bevölkerung hadert

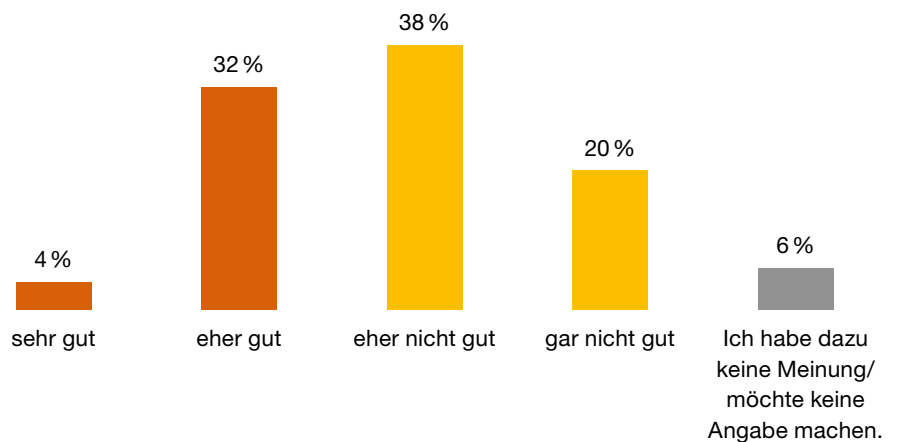
1 Überwiegend unzufrieden mit politischer Krisenführung

Auf die Frage, wie gut die politische Führung Deutschlands das Land durch Bedrohungen und Krisen führt, antworteten gerade einmal 4 % der

Umfrageteilnehmer:innen mit „sehr gut“. Immerhin 32 % finden die politische Führung „eher gut“. Und insgesamt 58 % bewerten sie negativ.

Abb. 13 Politische Führung in Deutschland

Wie wird Deutschland aus Ihrer Sicht in den gegenwärtigen Bedrohungen und Krisenlagen (Coronapandemie, Flutkatastrophe im Ahrtal, Ukrainekrieg) durch die Politik und ihre zuständigen Akteure insgesamt geführt?



Basis: alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

Bei Frauen und jenseits der Metropolen herrscht eher Ablehnung.

Frauen und ältere Altersgruppen sind im Durchschnitt etwas weniger zufrieden als Männer und jüngere Altersgruppen. Und: Je kleiner die Wohnorte (Großstadt/Metropolregion, mittelgroße Stadt, Kleinstadt, auf dem Land), desto mehr Menschen bewerten die politische Führung in Bedrohungs- und Krisensituationen „eher nicht gut“ oder „gar nicht gut“.



E Die „Zeitenwende“ ganzheitlich betrachten

Bundeskanzler Olaf Scholz sprach in seiner Regierungserklärung am 27. Februar 2022, drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine, von einer „Zeitenwende“. Seither kam es zu zahlreichen disruptiven Kursänderungen: von Waffenlieferungen an die Ukraine über umfangreiche Sanktionen gegen Russland bis hin zum Beschluss eines Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. Die Ergebnisse dieser repräsentativen PwC-Umfrage erlauben die Ableitung, dass eine Bevölkerungsmehrheit die Regierungspolitik unterstützt.

Die Gesellschaft braucht allerdings noch mehr Antworten – etwa auf Fragen, die sich daraus ergeben, ob die Bundeswehr ein „Sicherheitsdienstleister“ oder eine Streitkraft aus der Mitte der Gesellschaft ist. Die in dieser Umfrage aufgedeckten Ambivalenzen offenbaren einen eher distanzierten Blick der Bevölkerung auf unsere Streitkräfte. Es drängt sich der

Eindruck auf, dass die überwiegende Mehrheit die Bundeswehr als Sicherheitsdienstleister schätzt. Die persönliche Identifizierung scheint deutlich geringer ausgeprägt zu sein.

Welche Hinweise können politische und militärische Entscheider:innen aus dieser Umfrage gewinnen?

Wir reißen hier lediglich einige Hinweise an:

1. Die politische Kohärenz und Kommunikation müssen besser werden.

Denn die Komplexität und die Dauer politischer Reaktionen aus Deutschland in Bezug auf den Krieg in der Ukraine verstehen sehr viele Menschen bestenfalls bedingt. Das signalisiert auch ein Umfrageergebnis, wonach lediglich insgesamt 36 % der Umfrageteilnehmer:innen „sehr“ und „eher“ zufrieden mit der Krisenführung der deutschen Politik sind.

Mangelnde Kohärenz spiegelt sich augenscheinlich auch darin wider, dass 78 % der Bürger:innen einen Nationalen Sicherheitsrat fordern. Die Linien des deutschen Handelns überzeugen in Deutschland (und es kann ergänzt werden: auch international) offensichtlich noch nicht vollends. Gerade angesichts der möglicherweise noch volatilen Akzeptanzbasis ist eine klare Kursbestimmung mit stimmigen Zielen und Mitteln sowie entsprechender Kommunikation erforderlich.

2. Die Politik muss Sicherheitsfragen dauerhaft höher priorisieren als in den vergangenen Jahren.

Die Politik sollte Sicherheitsfragen dauerhaft auf der Agenda behalten und mit Priorität behandeln – auch über den Augenblick hinaus. Die Bevölkerung ist in großer Sorge. Auch angesichts dessen, dass die Spielräume der öffentlichen Haushalte noch kleiner werden



(Stichwort „Schuldenbremse“), sollte die Politik Sicherheitsthemen weiterhin hoch priorisieren und gesamthaft angehen – zumal derzeit nur 38 % der Bevölkerung Vertrauen in eine robuste äußere Sicherheit Deutschlands haben. Das erhebliche Misstrauen bezieht sich nicht nur auf Verteidigungsfragen: 71 % sehen inzwischen auch eine innere Bedrohungslage – durch möglicherweise eingeschmuggelte Waffen und in Deutschland ausgetragene Konflikte zwischen Ukrainer:innen und Russ:innen.

3. Wir brauchen moderne Konzepte zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz.

Größere Zustimmung als eine Reaktivierung der Wehrpflicht würde ein allgemeiner Pflichtdienst zur Stärkung der zivilen Resilienz finden (61 %). Allerdings liegen auch hier die Zustimmungswerte der jüngeren Kohorten (18- bis 29-jährige Befragte) unterhalb

der Mehrheitsschwelle (42 %). Noch mehr wünschen sich die Bürger:innen eine zeitgemäße Variante gesellschaftlichen Engagements (84 %): ein freiwilliges Qualifizierungsangebot für junge Menschen zur Unterstützung von beispielsweise Feuerwehren, Hilfsorganisationen oder medizinischen Einrichtungen, um die zivile Krisenresilienz zu stärken. Dies würde wiederum die Bundeswehr entlasten, die bisher in großem Umfang auch Amtshilfen für die Bewältigung ziviler Krisenlagen (Coronapandemie, Flutkatastrophe im Ahrtal etc.) stellt. Die Akzeptanz von Resilienzmaßnahmen, die ein freiwilliges Engagement der Bevölkerung erfordern, ist deutlich höher als die Akzeptanz für Verpflichtungen.

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass im Juni 2022 auch der jüngste Vorstoß des Bundespräsidenten für einen allgemeinen Pflichtdienst ein sehr kritisches Echo verursacht hat.

Gerade die jüngere Bevölkerung – die eigentliche Zielgruppe der Resilienzkonzepte – kann einem Pflichtdienst nur relativ wenig abgewinnen. Das freiwillige Angebot stößt bei 79 % der 18- bis 29-Jährigen auf Zustimmung.

Kursänderungen erfordern einen langen Atem

Politische Kursänderungen, Kompetenzanpassungen bei Streitkräften sowie eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Resilienz verlangen einen langen Atem. Die politischen Prozesse benötigen Zeit und komplexe Aushandlungen. Die „rationale Öffentlichkeit“ ist volatil in ihrer Meinungsbildung. Akzeptanz für Einschränkungen und Kurskorrekturen – bei noch geteilten Grundeinstellungen – kann auch von kurzer Dauer sein. So können Gewohnheitseffekte eintreten und neue Großereignisse die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich ziehen.

Literaturverzeichnis

Steinbrecher, Markus u. a. (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ZMSBw)

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2020, Potsdam 2021, online verfügbar unter: www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf; zuletzt abgerufen am 13.06.2022

Graf, Timo (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ZMSBw)

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in Deutschland 2021. Zentrale Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung, Potsdam 2022, online verfügbar unter: www.bundeswehr.de/resource/blob/5390492/799467767436050771c8b34fba5d3582/download-bevbefr-2021-zusammenfassung-data.pdf; zuletzt abgerufen am 13.06.2022

Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste

Bundeswehr und Gesellschaft. Wahrnehmungen im Wandel, Berlin 2022, online verfügbar unter: www.bundestag.de/resource/blob/873618/c71752b82655f7e9eda21b927eb73087/WD-2-066-21-pdf-data.pdf; zuletzt abgerufen am 13.06.2022

Poushter, Jacob/Fagan, Moira (Pew Research Center)

NATO continues to be seen in a favorable light by people in member states (2021) online verfügbar unter: www.pewresearch.org/fact-tank/2021/06/10/nato-continues-to-be-seen-in-a-favorable-light-by-people-in-member-states/; zuletzt abgerufen am 13.06.2022

Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I.

Foreign Policy and the Rational Public, in: The Journal of Conflict Resolution 32/2 (1988) online verfügbar unter: www.jstor.org/stable/174045 Cite; zuletzt abgerufen am 13.06.2022

Stokes, Bruce (Pew Research Center)

NATO's image improves on both sides of the Atlantic (2017) online verfügbar unter: www.pewresearch.org/global/2017/05/23/natos-image-improves-on-both-sides-of-atlantic/; zuletzt abgerufen am 13.06.2022

Wiedemann, Amelie U.,

Intentions-Verhaltens-Lücke, in: Wirtz, Markus Antonius (Hg.). Dorsch Lexikon der Psychologie (2021), online verfügbar unter: <https://dorsch.hogrefe.com/stichwort/intentions-verhaltens-luecke>; zuletzt abgerufen am 13.06.2022

Wanner, Meike/Bulmann, Thomas (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ZMSBw)

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2012, Potsdam 2013, online verfügbar unter: <https://opus4.kobv.de/opus4-zmsbw/frontdoor/index/index/searchtype/series/id/3/start/31/rows/10/docId/110>; zuletzt abgerufen am 13.06.2022

Ihre Ansprechpersonen

Ihre Ansprechpersonen für den Bereich Public Sector bei PwC/Strategy& und diese Veröffentlichung sind:

Prof. Dr. Rainer Bernnat

Leiter Öffentlicher Sektor
Tel.: +49 69 97167-414
rainer.bernmat@pwc.com

Dr. Wolfgang Zink

Partner
Public Sector Consulting
Tel.: +49 40 6378-2237
wolfgang.zink@pwc.com

Über PwC

Unsere Mandanten stehen tagtäglich vor vielfältigen Aufgaben, möchten neue Ideen umsetzen und suchen unseren Rat. Sie erwarten, dass wir sie ganzheitlich betreuen und praxisorientierte Lösungen mit größtmöglichem Nutzen entwickeln. Deshalb setzen wir für jeden Mandanten, ob Global Player, Familienunternehmen oder kommunaler Träger, unser gesamtes Potenzial ein: Erfahrung, Branchenkenntnis, Fachwissen, Qualitätsanspruch, Innovationskraft und die Ressourcen unseres Expert:innennetzwerks in 156 Ländern. Besonders wichtig ist uns die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Mandanten, denn je besser wir sie kennen und verstehen, umso gezielter können wir sie unterstützen.

PwC Deutschland. Über 12.000 engagierte Menschen an 21 Standorten. Knapp 2,4 Mrd. Euro Gesamtleistung. Führende Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft in Deutschland.



Das Autorenteam



Dr. Wolfgang Zink
Partner
Public Sector Consulting
Tel.: +49 40 6378-2237
wolfgang.zink@pwc.com



Patrick Heinzelmann
Senior Manager
Public Sector Consulting
Tel.: +49 201 438-2636
patrick.heinzelmann@pwc.com



Sarah Rerbal
Associate
Public Sector Consulting
Tel.: +49 30 2636-2150
sarah.rerbal@pwc.com



Nils Schulte
Senior Associate
Public Sector Consulting
Tel.: +49 89 5790-5686
nils.schulte@pwc.com



